

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
2 BvQ 47/26

A. Problem

In dem Verfahren 2 BvQ 47/26 beantragt der Antragsteller, ein Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Wege der einstweiligen Anordnung dem Deutschen Bundestag als Antragsgegner aufzugeben, die zweite und dritte Lesung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (BT-Drs. 21/6130) nicht innerhalb der laufenden Sitzungswoche (28. Kalenderwoche) durchzuführen.

B. Lösung

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvQ 47/26 eine Stellungnahme abzugeben und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvQ 47/26 eine Stellungnahme abzugeben sowie die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 8. Juli 2026

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Carsten Müller

Amtierender Vorsitzender

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Carsten Müller

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat im Umlaufverfahren am 8. Juli 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvQ 47/26 eine Stellungnahme abzugeben sowie die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 8. Juli 2026

Carsten Müller
Amtierender Vorsitzender

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.